

Diskussionspapier Attac D

3.7.2001

1. Die gegenwärtig herrschende Form der "Globalisierung" stellt eine historisch neue Qualität gesellschaftlicher Entwicklung dar, die auf eine Art Manchesterkapitalismus auf globaler Ebene hinausläuft. Sie führt zu einer Vertiefung von sozialer Ungerechtigkeit und Ausgrenzung. Die Armut nimmt zu - etwa die Hälfte der Menschheit muss mit weniger als Dollar täglich überleben - und das nicht nur in den Entwicklungsländern, sondern auch in den Industrieländern. Die internationalen Finanzmärkte diktieren in immer stärkerem Maße die Wirtschafts- und Sozialpolitik der zu Standorten mutierten Nationalstaaten und machen damit auch die parlamentarische Demokratie zunehmend zur leeren Hülse. Die Umweltzerstörung beschleunigt sich, der Markt dringt in alle Lebensbereiche vor und selbst die menschlichen Gene sollen der kommerziellen Verwertung unterworfen werden.
2. Es ist nur logisch und natürlich auch gut so, dass diese Entwicklung Kritik, Widerstand und Gegenbewegung hervorruft. Die Akzeptanz der Globalisierung sinkt. Das Scheitern des Multilateralen Investitionsabkommens und die seit Seattle nicht mehr abreißende Kette von Protestaktionen gegen internationale Regierungskonferenzen sind nur spektakuläre Ausdrucksformen dieser globalisierungskritischen Gegenbewegung. Sie ist sehr vielfältig und umfasst Menschen und Organisationen unterschiedlichster politischer, philosophischer, religiöser, sozialer und kultureller Herkunft. Sie bedient sich einer pluralistischen Vielfalt von Instrumenten, Aktions- und Ausdrucksformen und sucht noch nach Wegen zu Zusammenarbeit und politischer Durchsetzungsfähigkeit. Sie ist eine Bewegung im Werden und Hoffnungsträgerin für viele. Sie ist aber auch noch keineswegs so stabil, als dass sie nicht jeder Zeit scheitern könnte.
3. Genauso unvermeidlich wie die Entstehung einer globalisierungskritischen Bewegung ist es, dass die wenigen Gewinner der herrschenden Form der Globalisierung und ihre politischen Vertretungen ein Interesse daran haben, dass diese Bewegung sich nicht zu einer mächtigen politischen Kraft formieren kann. Dazu bedienen sie sich eines großen Arsenal an Mitteln, darunter Diskreditierung, Spaltung und offene Repression. Daher ist es nicht verwunderlich, dass seit Seattle eine Eskalation beim Einsatz polizeilicher Mittel zu beobachten ist, immer häufiger Gewalt von der Polizei ausgeht und die Einsätze von immer drastischerer Unverhältnismäßigkeit geprägt sind. ATTAC verurteilt den konfrontativen, provokanten und mit der Einschränkung demokratischer Rechte einhergehenden Einsatz von Polizei gegen friedliche Proteste. Insbesondere ist der Einsatz von Schusswaffen nicht zu rechtfertigen. Er stellt für Europa eine neue Qualität staatlicher Übergriffe dar.
4. Trotzdem ist bei Protestaktionen nicht die Polizei unser Gegner. Sie ist nur Instrument der herrschenden Politik, nicht aber Ursache der gesellschaftlichen Probleme. Eine Strategie, die auf Militanz setzt und die Konfrontation mit der Polizei sucht, lehnen wir deshalb ab. Wir wissen, dass es unter den GlobalisierungskritikerInnen auch andere Meinungen gibt. Wir halten diese für theoretisch falsch und politisch schädlich. Die Kontroverse darüber muss selbstverständlich geführt werden, solche Positionen können und müssen - auch öffentlich - kritisiert werden. Umgekehrt ist es ebenfalls völlig legitim, wenn Gruppen und Individuen für sich selbst das Recht in Anspruch nehmen, uns und andere zu kritisieren. Diese gegenseitige Kritik ist notwendig zur Klärung der Widersprüche untereinander und dient nicht der Distanzierung und Auslieferung an die Polizei noch der Diffamierung als Helfershelfer des Systems.
5. ATTAC ist der Meinung, dass gesellschaftliche Veränderungen durch die Köpfe der Menschen gehen müssen. Ohne die Emanzipation von ideologischer Bevormundung wird es keine Veränderung geben. Veränderung kann deshalb auch nur demokratisch, d.h. durch die Teilnahme vieler Menschen an gesellschaftlicher Bewegung erreicht werden. Anders funktioniert sie nicht. An diesem demokratischen Imperativ orientieren sich auch die Aktionsformen von ATTAC. Aktionsformen, die diesem Ziel widersprechen und zur politischen Isolierung und moralischen Diskreditierung der Bewegung führen, lehnen wir ab. Daraus ergibt sich, dass unsere

Aktionsformen friedlich und frei von physischer Gewaltanwendung sind. Das schließt Aktionen zivilen Ungehorsams, wie Blockaden und begrenzte Regelverletzungen nicht aus.

6. Die Anwendung physischer Gewalt ist ein Problem, das für alle Menschen eine existenzielle Dimension hat. Jedes Kind, das einmal geschlagen wurde, hat diese Erfahrung gemacht. Deshalb erweckt diese Gewalt so tiefgehende Emotionen, wie wir gerade erst jetzt wieder im Zusammenhang mit dem EU-Gipfel in Göteborg erlebt haben. Deshalb wird die Präsenz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung als besonders schwerwiegend empfunden. Aber gerade deshalb auch ist das Gewaltthema so leicht politisch instrumentalisierbar, gerade deshalb ist es ein so wirksames Mittel zur Diskreditierung und Spaltung von sozialem Protest. Diese besondere Qualität von Gewalt muss in eine politische Strategie, die diesen Namen verdient, eingehen.

7. Dies gilt umso mehr, als angesichts des Einflusses der Medien auf die Meinungsbildung, insb. des Fernsehens, die politische Instrumentalisierbarkeit der Gewaltfrage heute noch mehr Brisanz erhält. Denn Gewaltszenen kommen der visuellen Logik des Mediums in besonderem Maße entgegen. Seine dramaturgischen Bedürfnisse nach Action, einfachen Schemata von Gut und Böse und sein Sensationalismus entfalten ihre Wirkung auf dem Hintergrund der o.g. existenziellen Bedeutung von physischer Gewaltanwendung bei den ZuschauernInnen. Auch wenn es uns nicht passt, dass die Darstellung in viele Medien einseitig und sensationslüstern ist, die Medien sind ein Machtfaktor, den man nicht ungestraft geringschätzen darf.

8. Auch die Einebnung des qualitativen Unterschieds zwischen struktureller Gewalt, dem „stummen Zwang der Verhältnisse“ also, und physischer Gewalt ist ein Irrweg. Es ist und bleibt ein qualitativer Unterschied, ob sich z.B. patriarchale Gewalt darin äußert, dass Eltern von ihren Kindern Gehorsam über nicht-physische Druckausübung durchsetzen, oder ob sie diesen mit Prügel erzwingen. Es ist und bleibt ein qualitativer Unterschied, ob ich gezwungen bin, meine Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, oder ob etwas mit vorgehaltener Waffe erzwungen wird.

Als praktische Schlussfolgerung für zukünftige Aktionen wird ATTAC sich an folgenden Eckpunkten orientieren:

- Wir sind mit jeder Organisation und Person aus der globalisierungskritischen Bewegung zum Gespräch und zur Kooperation bereit. Niemand darf a priori ausgegrenzt werden; mit Gruppen die die Globalisierung aus nationalistischen und chauvinistischen Motiven kritisieren, wollen wir allerdings nichts zu tun haben;
- Uns ist es wichtig, dass Aktionen, an denen wir beteiligt sind, von vorneherein einen klaren, erkennbaren Charakter haben - wer dort hinkommt, muss vorher wissen, was sie/ihn erwartet.
- Für gemeinsame Aktionen streben wir deshalb Absprachen an, die für alle Partner verbindlich sind; sind solche Absprachen nicht möglich, kommen gemeinsame Aktionen nicht zu Stande. Jeder handelt dann als autonomer Akteur und auf eigene Verantwortung.
- Wir erwarten, dass getroffene Absprachen eingehalten werden. Gegenseitige Instrumentalisierungen haben in einer gemeinsamen Bewegung keinen Platz. Akteure, die sich daran nicht halten, begreifen wir nicht als Bündnis- oder GesprächspartnerInnen und werden sie gegebenenfalls - auch öffentlich - entsprechend eindeutig kritisieren.

Der vorliegende Text ist Konsens im Koordinierungskreis von ATTAC Deutschland. Mitglied im Koordinierungskreis sind:

Lena Bröckl (ATTAC Regionalgruppe Berlin), Hugo Braun (Euromärsche), Sven Giegold (ATTACBüro) Martin Gück (KAIROS Europa), Martin Herndlhofer (Pax Christi) Philipp Hersel (blue 21), Dirk Krüger (ATTAC Regionalgruppe Rheinland) Oliver Moldenhauer (ATTAC-Büro), Pedro Morazan (Südwind), Werner Rätz (ila), Peter Wahl (WEED). Die Organisationsangaben in Klammern dienen nur der Information.

Dieser Text entstand im Sommer 2001 gemeinsam mit Peter Wahl. Der folgende wurde unmittelbar danach geschrieben und zeigt die Interpretationswidersprüche der Autoren über ihren gemeinsamen Text.

Dass wir die Polizeigewalt verurteilten, die mit dem Mord an Carlo Giuliani nicht angefangen hatte und mit dem Überfall auf Indymedia und die gegenüberliegende Schule noch längst nicht vorbei war, das konnten fast alle bürgerlichen JournalistInnen ja noch verstehen. Pflichtübung, Ritual, war ja auch schlimm. Geschenkt. Aber was hält denn attac davon, dass DemonstratInnen plündernd und zerstörend durch Genua zogen, nur an Randalen und der Höhe des Schadens, kein bisschen an Politik interessiert? Nichts. Natürlich hielte ich nichts von solchen Aktionen. Wenn es denn so einfach wäre.

Gewiss gab es in Genua neben Polizeiprovokateuren auch andere, die nur mal einfach Lust hatten, etwas kaputt zu machen. Selbstverständlich war ein beträchtlicher Teil des militanten Verhaltens der Polizeirandale geschuldet. Aber auch ohne all das gab es Militanz in Genua. Und da endet die einfache Weltsicht mit hier die Verantwortlichen, Gewaltfreien, Politischen, dort die Hohlköpfe, Desperados, Hooligans.

Der Koordinierungskreis von attac in der BRD hatte sich schon nach den Polizeischüssen von Göteborg um eine differenziertere Sicht bemüht. Dabei war seine Erklärung ein vorsichtiger Kompromiss verschiedener Sichtweisen. Attac lehnt Gewalt als Mittel seiner Politik ab, distanziert sich aber nicht von denen, die das anders sehen. Vielmehr wird eine Verständigung auf den genauen Charakter einer jeden geplanten Aktion zur Bedingung bündnispolitischer Einigung gemacht und die Einhaltung solcher Übereinkünfte gefordert. In einem taz-Kommentar legte Peter Wahl – mit mir Autor der attac-Erklärung – seine Interpretation dar: Militanz sei die Scheidelinie zwischen der „große(n) Mehrzahl derjenigen, die eine andere Form des Internationalismus wollen als den der neoliberalen Globalisierung“ und „jene(n) Protestierer(n), die Gewalt oder eine staatliche Gewalt provozierende Militanz in ihr politisches Kalkül einbeziehen. Diesen wirft er vor, im Zusammenspiel mit dem Staat zu Gunsten des Gewaltthemas „alles Inhaltliche (zu marginalisieren)“.

Hier wird nicht nur das Verhältnis von Gewalt und Gegengewalt (anders als in der attac-Erklärung) auf den Kopf gestellt, sondern auch die Dialektik von Form und Inhalt völlig verkannt – selbst in Zeitungen wie der taz, dem Neuen Deutschland und der FR wurde darauf hingewiesen, dass es sehr wohl einen Zusammenhang zwischen Gewalt und kritischer Aufmerksamkeit/Berichterstattung gibt. Es handelt sich um eine außerordentlich unhistorische und auch völlig unpolitische Betrachtungsweise, zu sagen, Gewalt habe sozialen Bewegungen immer geschadet.

Vielmehr ist es so, dass geschichtlich gesehen Gewalt in allen ihren Formen – destruktiven wie wohlüberlegten, begrenzten und nützlichen – soziale Bewegungen einer gewissen Relevanz immer begleitet hat. Eine Gesellschaft wie die unsrige bringt – auch destruktive – Gewalt notwendig hervor.

Das heißt nicht, dass es unvermeidlich ist, dass genau dieser Schüler Amok läuft oder genau jene Jugendlichen Fußballhooligans werden. Aber würden gar keine Individuen mehr gewaltsam auf diese gewalttätige Gesellschaft reagieren, könnte man nur noch ihren endgültigen sozialen und moralischen Tod konstatieren. Alle, die sich gegen die Verhältnisse hier wehren, tun damit etwas Richtiges, von dem sich niemand distanzieren kann, der/die tatsächlich die herrschenden Verhältnisse in all ihrer mörderischen Wirklichkeit verändern will.

Nicht die Frage der Mittel entscheidet, wer PartnerInnen sind, sondern die Frage, wer und was bekämpft wird. Da sind bei vielen „gewaltfreien“ NGÖlerInnen durchaus Zweifel angebracht. Jedwede Thematisierung der Gewaltfrage in abstrakter Allgemeinheit kann also nur damit beantwortet werden, dass die Militanten wie die Militanz zu uns gehören. Es stellt sich nicht die Frage nach der prinzipiellen Berechtigung der Gewalt. Das wäre so sinnlos wie die Frage nach der Berechtigung des Wetters – beides ist einfach da, solange die Voraussetzungen dafür da sind. Etwas anderes ist es, ob im konkreten Fall Militanz das angebrachte politische Mittel ist. Da habe ich meistens meine Zweifel. Und ich habe sie systematisch, wenn Militanz aus der Situation, aus Wut, aus Frust entsteht, die Folgen nicht bedenkt, nicht von vorneherein einen Ausweg eingebaut hat, in der Niederlage endet. Nicht nur Zweifel habe ich, sondern bin sicher über den schädlichen

Charakter von Militanz, wenn sie von kleinen Avantgarden stellvertretend angewandt wird oder sich keine Rechenschaft darüber abgegeben hat, dass sie Gewalt vermindern muss: „Jeder echte Revolutionär“, sagte uns 1974 Ernesto Cardenal, der damalige Sprecher der Sandinistischen Befreiungsfront aus Nicaragua und spätere Kulturminister seines Landes, „lehnt Gewalt ab. Aber man hat nicht immer die Freiheit zu wählen.“ Deshalb ist es meistens kein Problem, sich über den Charakter von Aktionen zu einigen. Aber das verlangt, dass Absprachen und Kritik konkret, auf den Fall bezogen sind und nicht generalisiert werden. Ein abstraktes Bekenntnis zu Militanz oder Gewaltfreiheit übersieht nebenbei die Vielzahl von real existierenden Vorstellungen davon, was Militanz, was Gewalt, was legitime Gegenwehr, was Gewaltfreiheit überhaupt ist oder sein soll. In der jüngsten Geschichte sozialer Bewegungen in der BRD stehen die Anti-AKW-Bewegung der 70er- und die Friedensbewegung der 80er-Jahre für zwei völlig unterschiedliche Umgehensweisen mit der Militanz – und für so gegensätzliche Erfolgsbilanzen, wie sie kaum gegensätzlicher sein könnten: Die Anti-AKW-Bewegung hatte bewusst darauf gesetzt, dass unterschiedliche Aktionsformen, auch militante, möglich und akzeptiert sind, auch wenn nicht alle sie anwenden. Sie tut das heute noch und war ausgesprochen erfolgreich damit, auch wenn die Bauplätze nur selten (Wackersdorf immerhin) zur Wiese wurden. Das Atomprogramm wurde erst mal angehalten, weitere AKWs nicht gebaut, stabile, bis heute tragende Mehrheiten gegen Atomenergie aufgebaut. Die Friedensbewegung hatte in ihrer von SPD/DKP bestimmten Mehrheitsströmung auf geradezu penibelste Weise aller Militanz abgeschworen. Wenn man aber gleichzeitig behauptet, die Herrschenden würden den atomaren Weltuntergang planen oder zumindest wissentlich in Kauf nehmen, ist man völlig unglaubwürdig, wenn man lediglich zu eben diesen Herrschenden „bitte, bitte“ sagt. Und innerhalb eines Jahrzehnts war Deutschland kriegsfähig. Diese komplette Niederlage der Friedensbewegung ist nicht nur, aber auch auf dem Mist der Gewaltfreiheit gewachsen: Volksfeste sind eben auch dann keine Politik, wenn ihre Organisatoren das vorgeben. Eine abstrakte Gewaltdebatte, die Distanzierung, Abgrenzung, meist auch Denunziation fordert, kann nur im Interesse derer sein, die die gewalttätigen Verhältnisse nicht ins Blickfeld rücken lassen wollen. Lassen wir uns darauf nicht ein – bei aller notwendigen Kritik an Aktionsformen, die so leicht von Provokateuren, Durchgedrehten, wem auch immer enteignet werden können.

Autor: Werner Rätz, Mitglied des Koordinierungskreises von Attac in der BRD

Interview a & k Nr. 516, April 2007

Keine Gewalt ist auch keine Lösung

Ein Streitgespräch zur Legitimität von Aktionsformen und der Notwendigkeit von Solidarität

Früher oder später hätte die sogenannte Gewaltdebatte alle Beteiligten der G8-Mobilisierung eingeholt. So weit, so klar. Konkreter Auslöser für die nun tatsächlich stattfindende Debatte, die inzwischen einige Stellungnahmen, offene Briefe und Entschuldigungen provoziert hat, waren Interviewäußerungen von einigen *attac*-FunktionärInnen. Wichtig in einer solchen Situation ist, dass der politische Streit, der auf einer solidarischen Grundlage geführt wird, nicht abbricht bzw. ernsthaft beginnt. Vor diesem Hintergrund diskutieren Michaela Elbert, die im *Dissent!*-Netzwerk aktiv ist, Werner Rätz von *attac* und Christoph Kleine von *Avanti*.

ak: *Befindet sich die radikale Linke nicht in einem unauflösbaren Dilemma? Auf der einen Seite führen öffentliche Stellungnahmen zu Gewalt meist zu Distanzierungen. Auf der anderen Seite hat der Versuch, öffentliche Stellungnahmen zu vermeiden, den Effekt, dass eigene linke Maßstäbe verloren gehen, weil sie nicht in der Debatte bleiben. Ist dieses Dilemma auflösbar?*

Werner Rätz: Was auf alle Fälle unsinnig ist, ist eine Grundsatzdebatte um Aktionsformen. Erstens gibt es keine grundsätzlich "guten" oder "schlechten" Aktionsformen, sondern es kommt darauf an, was im konkreten Fall angemessen erscheint. Zweitens gibt es in der gesamten Breite des

Protestspektrums höchst unterschiedliche Vorstellungen davon, welche Aktionen man mittragen mag und welche nicht. Es kann also sinnvoll immer nur über die je konkrete Aktion gesprochen werden - und darüber muss dann aber auch gesprochen werden.

Die Formel "Akzeptanz unterschiedlicher Aktionsformen" löst das Problem nämlich für alle diejenigen nicht, die ihrerseits grundsätzliche Haltungen in dieser Frage haben. PazifistInnen können Militanz nicht einfach akzeptieren und wer in der Militanz ein Element von Bruch und Radikalität sieht, kann nicht immer auf sie verzichten. Eine öffentliche Debatte produziert so ganz leicht Rituale, und Schweigen überlässt es Dritten, was wahrgenommen wird.

Ich glaube, dass die Schwierigkeit darin besteht, dass hier mehrere Aspekte miteinander verwoben sind und getrennt werden müssten. Das eine ist die eigene politische Identität, die Grundsatzüberzeugung, die zumindest manche mit der Gewaltfrage verbinden. Da wäre es wichtig, Formen zu finden, wie man für die eigene Position werben kann, ohne andere abzuwerten. Das zweite ist, dass die Frage nach der Gewalt dann, wenn sie von außen an die Bewegung gereicht wird, meist auf etwas ganz anderes zielt, nämlich darauf, auf welcher Seite du stehst. Wenn Politik oder Medien "Gewalt" thematisieren, dann wollen sie, dass du erklärst, du hättest mit ihnen ja doch mehr gemeinsam als mit irgendwelchen "Chaoten". Das muss unbedingt verweigert werden. Und drittens geht es darum, dass die eigenen Leute, die Menschen, die dir politisch vertrauen und die zu Aktionen hinkommen, weil du aufrufst, wissen wollen, was sie erwartet. Deshalb sind konkrete Absprachen nötig und die muss man auch deutlich und unmissverständlich öffentlich machen.

Michaela Elbert: Das in der Frage angesprochene Dilemma wäre lösbar, wenn es nicht zu Distanzierungen käme. Insofern ist es sehr bedauerlich, dass nun *attac*-AktivistInnen die Verständigung, an der sie z.T. sogar beteiligt waren, nämlich das nebeneinander verschiedener Aktionsformen zu akzeptieren, jetzt ignorieren und sich um Distanzierungen bemühen - und das heutzutage, wo sich die sozialen und politischen Verhältnisse zuspitzen, aber Massenmilitanz oder gesprengte Karossen von Deutsche-Bank-Chefs der Vergangenheit angehören.

Attac war da mal fortschrittlicher. Werner Rätz hat es mal so ausgedrückt: "Alle, die sich gegen die Verhältnisse hier wehren, tun damit etwas Richtiges, von dem sich niemand distanzieren kann, der/die tatsächlich die herrschenden Verhältnisse in all ihrer mörderischen Wirklichkeit verändern will." Der Satz stammt aus einer Stellungnahme nach den militanten Auseinandersetzungen in Genua 2001. In deinem damaligen Statement findet sich viel, was wir bis heute unterschreiben würden. Etwa der letzte Absatz: "Eine abstrakte Gewaltdebatte, die Distanzierung, Abgrenzung, meist auch Denunziation fordert, kann nur im Interesse derer sein, die die gewalttätigen Verhältnisse nicht ins Blickfeld rücken lassen wollen. Lassen wir uns darauf nicht ein - bei aller notwendigen Kritik an Aktionsformen, die so leicht von Provokateuren, Durchgedrehten, wem auch immer enteignet werden können."

Wir sehen die jetzige Distanzierung von *attac*-VertreterInnen als das, was es ist: Eine deutliche Absage an eine Kooperation bei den kommenden Protesten. Großen Kummer bereitet uns das aber nicht. Brauchen wir Peter Wahl? Brauchen wir einen netten Alternativgipfel mit den immer gleichen RednerInnen? Brauchen wir nicht. Jedenfalls nicht so dringend, dass wir sein Verhalten unkommentiert stehen lassen müssten. Deshalb gab es ja auch bereits öffentliche Stellungnahmen, nur leider nicht von der *Interventionistischen Linken* (IL), die ja schon mal öffentlich gefragt wurde und sich anscheinend nicht auf eine Antwort einigen konnte oder wollte. Wir halten es für politischen Unsinn, immer nur von gewaltfreien Protesten zu sprechen, obwohl jeder weiß, dass es wie bei vergangenen Gipfeln auch militante Proteste geben wird.

Christoph Kleine: Die Diskussion über Aktionsformen findet unter der Bedingung eines hegemonialen staatlichen Gewaltbegriffs statt, der ein Bekenntnis zur Friedlichkeit und zur Abgrenzung von sogenannten Gewalttätern verlangt. Gegen diesen Distanzierungsdruck müssen wir den Standpunkt verteidigen, dass die Stärke der Bewegung auf ihrer Vielfältigkeit basiert. Eine Zurückweisung der Spaltungsversuche ist im Interesse aller, die in irgendeiner Form auf die Wirkung von Massenprotesten und Straßenaktionen zielen und sich nicht von vornherein auf

Lobbyarbeit verlassen. Insofern waren die jüngsten Äußerungen von *attac*-SprecherInnen nicht nur ein Affront gegen das aktivistische Spektrum, sondern auch für *attac* selbst kontraproduktiv.

Das Dilemma für die radikale Linke ist ein ganz anderes: Es fehlt häufig eine konkrete Debatte über unsere Aktionskonzepte und vor allem aber über die politische und taktische Bestimmung unserer Aktionen. Stattdessen verteidigen wir aus prinzipiellen Gründen oft die Möglichkeit von Aktionsformen, die wir selbst gar nicht planen oder für taktisch unklug halten. Perspektiven für eine linksradikale Praxis entstehen aber nur dann, wenn wir selbst ein Angebot formulieren, und den Aktionsrahmen und die Zielsetzung unserer Aktionen offensiv vertreten. Dabei müssen wir immer auf Elementen der Selbstermächtigung und des Regelübertritts bestehen, weil sich darin die Erkenntnis spiegelt, dass der Kapitalismus nicht im Rahmen der Spielregeln des bürgerlichen Staates, sondern nur durch den Aufbau einer gesellschaftlichen Gegenmacht zu überwinden sein wird. Das Bewusstsein für diesen Antagonismus kann nicht nur als theoretische Erkenntnis existieren und geschaffen werden, sondern entsteht und verfestigt sich in der gemeinsamen, grenzüberschreitenden Aktion. Die praktische Umsetzung dieser Gedanken ist für uns das Konzept BlockG8.

M.E.: Ich stimme in vielen Punkten mit Werner und Christoph überein. Besser wäre es noch, wir würden diese "wenigen Kontroversen" - oder auch diese Übereinstimmungen genauso in die Öffentlichkeit tragen. Warum auch nicht? Nehmen wir das Beispiel Schuldenerlass. Es ist nicht nur legitim, sondern auch notwendig, dieser Forderung entgegenzusetzen, dass es unserer Überzeugung nach eine Debatte um Entschädigung gegenüber den Kolonialstaaten geben muss. Nur weil das Thema Schuldenerlass besser in die Haltung der G8 und anderer Staaten passt, heißt das noch nicht, dass wir mit ihnen darüber diskutieren.

Genauso können wir entschieden für verschiedene Widerstandsformen eintreten, ohne dass wir uns von den Medien und dem Staat Distanzierungen aufdrücken lassen. Das zeigt auch das Beispiel Blockaden. BlockG8 ist ein Konzept, an dem sich alle beteiligen können. Schön, dass es solche Angebote gibt, wodurch viele Menschen verdeutlichen können, dass es legitim ist, gegen die Machenschaften der G8-Staaten zu protestieren. Ebenso schön sind aber auch unangekündigte, fantasievolle Überraschungsaktionen, die mit Regelverletzungen einhergehen und die Grenze der Legalität überschreiten. Wir können im vorhinein nie sagen, welche Konzepte die besseren sind oder ob gerade ihre gegenseitige Ergänzung am Wirksamsten sein wird. Insofern hat Werner recht: Wir dürfen und brauchen uns von Politik und Medien nicht zu Distanzierungen von bestimmten Aktionen und Aktionsformen zwingen lassen.

C.K.: Werner, Absprachen über konkrete Aktionen sind notwendig. Die Menschen, die wir zu Aktionen mobilisieren, haben ein Recht darauf zu erfahren, was geplant ist und welcher Aktionsrahmen gilt. Die Bewegung besteht aber nicht nur aus organisierten Kräften, die quasi die Rechtssubjekte solcher Aktionsvereinbarungen sein können, sondern sie ist eben Bewegung: spontan und in Bündnisverhandlungen nicht komplett zu erfassen. Genau das macht übrigens auch den eigenständigen Wert von Bewegungen aus.

Daher muss in der politischen Praxis für die Spontaneität, für das Ungeplante, für die spontane Empörung auch ausreichend Raum bleiben. Das bedingt, dass Absprachen über einen Aktionsrahmen immer nur für eine Aktion oder einen Ort möglich sind, aber nicht pauschal sein können. Und es bedeutet auch, dass es in der konkreten Situation immer auch noch ganz anders kommen kann. Um nicht missverstanden zu werden: Das ist kein Freibrief, um im Ernstfall über Vereinbarungen hinwegzugehen, sondern im Gegenteil der Anspruch, ein Bündnis auch dann zusammenzuhalten, wenn es aufgrund äußerer oder unvorhergesehener Umstände schwierig wird.

Zu sagen, dass es "auch militante Proteste geben wird", wie es Michaela macht, mag richtig sein, reicht mir aber nicht aus. Ein subjektloses "es wird dazu kommen" versucht, den Distanzierungsbedürfnissen dadurch zu begegnen, dass die Militanz zum unbeeinflussbaren Naturereignis erklärt wird. Es wäre aber notwendig, dass sich politische Kräfte - natürlich nicht namentlich - kenntlich machen, die für eine militante Aktionsorientierung stehen und dass sie ihre

politische und taktische Bestimmung diskutierbar machen. Auf dieser Basis könnte dann tatsächlich eine solidarische Diskussion eingefordert werden.

W.R.: Es ist zwar interessant, wie Michaela versucht, meinen eigenen Text gegen mich selbst in Stellung zu bringen, zeigt aber nur ihren Unwillen, die Positionen zur Kenntnis zu nehmen, die wirklich vertreten werden, und den Streit um die Punkte zu führen, die wirklich Dissens sind. Mein 2001er-Artikel argumentiert, dass aus einer gewalttätigen Gesellschaft wie der unsrigen notwendig - auch destruktive - Gegengewalt erwächst. (1) Dazu benennt er die Position von *attac*: "*attac* lehnt Gewalt als Mittel seiner Politik ab, distanziert sich aber nicht von denen, die das anders sehen. Vielmehr wird eine Verständigung auf den genauen Charakter einer jeden geplanten Aktion zur Bedingung bündnispolitischer Einigung gemacht und die Einhaltung solcher Übereinkünfte gefordert."

Wohlgermerkt, das ist Beschlusslage und Konsens in *attac* bis heute. Und genau das ist auch die Praxis bis heute, auch wenn es da jüngst auch durch uns einige Irritationen gab. Es wäre besser gewesen, die eigene Ferne zu bestimmten Aktionsformen nicht mit Formulierungen auszudrücken, die als Abwertung verstanden werden konnten - Sabine Leidig hat sich dafür inzwischen umfassend entschuldigt. Ich hätte die Antwort verweigert auf die JournalistInnenfrage: "Schaden die Anschläge der Bewegung?" Diese Frage lässt dir nur die Möglichkeit zwischen zwei vorgefertigten Alternativen, die beide falsch sind. Pedram Shahyar, selbst Mitorganisator von BlockG8, hat das anders eingeschätzt und gesagt, was die allermeisten Attacies denken: Solche Anschläge wollen wir nicht. Da gab und gibt es keine Distanzierungen und keine "Absage an eine Kooperation bei den kommenden Protesten" unsererseits.

Michaela ruft allerdings mit ihrer Aussage zur Distanzierung von *attac* auf, seinen AktivistInnen und zugleich einer ganzen Großaktion der Gipfelproteste (Alternativgipfel) auf. Du zitierst mich zustimmend mit dem Appell gegen eine "abstrakte Gewaltdebatte" und begrüßt und forderst genau die. Da mag jedeR deine Glaubwürdigkeit selbst einschätzen.

Ist in einer gesellschaftlichen Konstellation, in der die Vermittlung der Legitimität politischer Aktionen mehr als schwierig ist, das "Distanzierungsverbot" die einzige Möglichkeit, eine Spaltung der Bewegung zu verhindern? Mit anderen Worten: Könnte die Bereitschaft, verschiedene Aktionsformen zu akzeptieren, nicht dadurch gesteigert werden, dass man sich darüber verständigt, was politisch richtig - also nicht nur legitim - ist?

W.R.: Die Nichtdistanzierung ist insofern essenziell, als sie überhaupt erst die Gesprächsmöglichkeit schafft. Erst wenn niemand erwarten muss, grundsätzlich im politischen Selbstverständnis in Frage gestellt zu werden, kann über die strittigen Fragen tatsächlich gestritten werden. Das gilt selbstverständlich in beide Richtungen: Die "Militanten" wollen nicht dem Staatsschutz und der Polizei überlassen und die "Gewaltfreien" wollen nicht in eine Randalie verwickelt werden. Darauf muss man sich gegenseitig verlassen dürfen. Auf dieser Grundlage aber geht es genau um die Frage, was denn politisch und praktisch erfolgversprechende Strategien und Aktivitäten sein könnten.

Ich bin "der Meinung, dass gesellschaftliche Veränderungen durch die Köpfe der Menschen gehen müssen. Ohne die Emanzipation von ideologischer Bevormundung wird es keine Veränderung geben. Veränderung kann deshalb auch nur demokratisch, d.h. durch die Teilnahme vieler Menschen an gesellschaftlicher Bewegung erreicht werden. Aktionsformen, die diesem Ziel widersprechen und zur politischen Isolierung und moralischen Diskreditierung der Bewegung führen, lehnen wir ab. Daraus ergibt sich, dass unsere Aktionsformen friedlich und frei von physischer Gewaltanwendung sind. Das schließt Aktionen zivilen Ungehorsams, wie Blockaden und begrenzte Regelverletzungen nicht aus." Das stammt übrigens aus dem Papier des *attac*-Kokreises zur Gewaltdebatte von 2001, das bis heute Konsens ist.

Ich sehe ebenso wie Christoph in einem Konzept wie BlockG8 einen wichtigen Schritt genau in die Richtung dieser Frage. Da geht es genau darum, was kann man jetzt nicht nur mit denen machen,

die ohnehin ein bestimmte Politisierung durchlaufen und eine gewisse Risikobereitschaft entwickelt haben.

M.E.: Sich darüber zu verständigen, was politisch richtig ist, wird in der breiten Anti-G8-Bewegung nicht einfach sein. Dennoch sollte man darüber streiten. Und so kommen auch Inhalte ins Spiel, die bei Auseinandersetzungen um Protestformen häufig hinten weg fallen. Aber auch der jeweilige Kontext der Aktion ist wichtig. Wenn beispielsweise U-Boote von Thyssen-Krupp in aktuellen Kriegen eingesetzt werden und daraufhin Autos von Thyssen-Krupp-Managern abfackeln, vermittelt sich diese nächtliche Aktion einer Kleingruppe sehr leicht und ist auch für viele einsichtig, die sich selbst nicht an militanten Protesten beteiligen würden.

Eine solche Aktion schafft - wie kürzlich in Hamburg - eine große mediale Öffentlichkeit, die man durch Flugblattverteilen nicht erreicht. Versteht mich nicht falsch: Ich verteile trotzdem immer wieder auch Flugblätter. Ich würde in einer Debatte um Aktionsformen auch eine Verständigung darüber suchen wollen, dass eine solche symbolische Tat ein legitimer und auch politisch richtiger Weg gegen die gewaltsamen Auswirkungen der politischen Entscheidungen der G8 ist. Das ist nicht der einfache Weg, denn die Debatte über Widerstandsformen wird nicht im herrschaftsfreien Raum geführt. Wir können uns schlecht öffentlich darüber streiten, was wir unter Militanz verstehen und was unter Gewalt.

Das Problem scheint mir Christoph etwas falsch einzuschätzen. Dabei geht es nicht nur darum, ob die bürgerlichen Medien eine solche Debatte wollen oder eben nicht, sondern schlicht auch um Repression. Hier sind wir tatsächlich in einem Dilemma - aber einem, das in erster Linie unsere eigene Kommunikation betrifft. Mit dieser Schwäche müssen wir wieder souveräner umgehen lernen. Sicher erwachsen daraus auch Schwierigkeiten für die Kommunikation in der breiten Öffentlichkeit. Das gilt allerdings für Widerstandsformen und Aktionen ebenso wie für unsere Inhalte. Dass deutsche Rüstungsfirmen durch ihre Waffenlieferungen an Kriegen beteiligt sind, muss ins Bewusstsein gerufen werden. Diese Vermittlung kann durch Flugblätter, Infotische, wissenschaftliche Konferenzen oder durch die angemeldete Kundgebungen am 5. Juni am Militärflughafen Rostock-Laage passieren, aber auch durch militante Aktionen.

C.K.: Die Unterstellung, die IL würde die pauschalen öffentlichen Distanzierungen durch *attac*-SprechInnen unkommentiert lassen, ist falsch. Nach wie vor gilt unser Mobilisierungsgrundsatz der Akzeptanz unterschiedlicher Widerstandsformen. Zudem gab es einen offenen Brief von ALB und *Avanti*, also zwei wichtigen Gruppierungen in der IL. Hätte eine dritte öffentliche Stellungnahme wirklich geholfen? Ich kann bei der IL keine unklare Position erkennen - sie steht auf Bündnistreffen ebenso wie in öffentlichen Äußerungen für das solidarische Mit- und Nebeneinander unterschiedlichen Aktionsformen und -traditionen.

Der konstruktive Streit um die Legitimität und die politische Wirksamkeit von Aktionsformen ist notwendig. Eine solche Debatte wird aber nur möglich auf der Basis einer grundsätzlichen Solidarität, die andere politische Positionen nicht zum Gegner erklärt. Das bedeutet auch einen sensiblen Umgang mit den bürgerlichen Medien, die mit Vorliebe die "Gewaltfrage" so zuspitzen, dass sich die befragten Organisationen von anderen Kräften der Bewegung entsolidarisieren sollen. Dieser Streit wird auch nicht nur "intern" geführt werden können, denn schließlich geht es um eine offene, plurale Bewegung und nicht nur um eine klar strukturierte Organisation. Diese Debatte mit einem zu weit gefassten "Distanzierungsverbot" abzuwürgen, ist aus meiner Sicht nicht sinnvoll und funktioniert auch nicht. Deswegen müssen sich alle politischen Kräfte schon Fragen nach der politischen Bestimmung und nach der Wirksamkeit ihrer Aktionen anhören - und natürlich auch nach den Auswirkungen dieser Aktionen auf die Vorhaben anderer.

Das "politisch Richtige", auf dass wir uns gemeinsam verständigen sollten, ist genau diese grundsätzliche Solidarität und die Erkenntnis, dass die Bewegung nur gemeinsam stärker werden kann, nicht aber, indem ein Teil seine Position auf Kosten anderer auszubauen versucht. Dabei sind die Grenzen, wer denn in diese Solidarität hingehört und wer sich in den Zusammenhang dieser Solidarität stellen will, in keine Richtung scharf gezogen, sondern immer Ergebnis eines offenen

politischen Aushandlungsprozesses.

Interview: is/mb.